

**Der Grosse Rat Le Grand Conseil
des Kantons Bern du canton de Berne**

Dienstag (Nachmittag), 3. September 2019 / Mardi après-midi, 3 septembre 2019

Volkswirtschaftsdirektion / Direction de l'économie publique

22 2018.RRGR.746 Motion 286-2018 Müller (Orvin, SVP)
Nicht noch mehr Arbeitslosengelder für Grenzgänger

22 2018.RRGR.746 Motion 286-2018 Müller (Orvin, UDC)
Encore plus d'indemnités de chômage pour les frontaliers ? Non !

Präsident. *(Der Präsident läutet die Glocke. / Le président agite sa cloche.)* Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich begrüsse Sie zur Nachmittagssitzung des zweiten Tages. Sie haben heute Vormittag gehört, dass es mit einigen Parkkärtchen Probleme gab. Es gab einige, die das Parkkärtchen an Roland Schneeberger abgegeben haben, weil man damit nicht mehr hineinkam. Diejenigen, die ihre Parkkärtchen abgegeben haben, sollen sich doch rasch bei Roland Schneeberger melden. Sie bekommen ein Neues, das nachher allenfalls funktionieren sollte. Sollte dies morgen beim Hineinfahren wieder nicht funktionieren, dann drücken Sie für ein neues Ticket. Offenbar funktionieren die Karten beim Hinausfahren, nicht aber beim Hineinfahren. Oder nehmen Sie das Fahrrad, wenn Sie nahe genug wohnen. Ich weiss, es gibt Personen, die von weit herkommen, und es gibt Leute, die nicht sportlich sind, wie ich. Diese nehmen das Auto. Vielen Dank, wenn dies so akzeptiert wird. Auf dem Damen-WC, ich weiss nicht in welchem Zusammenhang, wurde eine rote Schildkröte gefunden. *(Der Präsident zeigt dem Rat eine kleine rote Plastikschildkröte. / Le président montre une petite tortue en plastique à l'assemblée.)* Falls jemand diese rote Schildkröte vermisst, dann kann man diese hier abholen.

Ich möchte noch einen Geburtstag nachholen, den ich heute Morgen vergessen habe, das heisst, ich habe ihn nicht vergessen, es hätte einfach nichts gebracht, und ich habe extra bis heute gewartet. Wir haben jemanden unter uns, der Geburtstag hat, und zwar ist es nicht eine Grossrätin oder ein Grossrat, sondern es ist Sandra Lager, die neben mir sitzt. Es ist ihr völlig peinlich, weil sie dies nicht gerne hat. Sie hat immer während der Septembersession Geburtstag. Normalerweise hätte sie sich wieder drücken können, wenn am Dienstagnachmittag wieder Fraktionssitzungen stattgefunden hätten. Heute kann sie sich nicht drücken. Ich gratuliere Ihnen ganz herzlich zum Geburtstag, Sandra Lager. *(Applaus / Applaudissements)*

Jetzt sind wir komplett, auch hier im Präsidium. Wir kommen zu Traktandum 22, dies ist schon eingestellt, Motion «Nicht noch mehr Arbeitslosengelder für Grenzgänger». Ich erteile dem Motionär, Mathias Müller, hat das Wort.

Mathias Müller, Orvin (SVP). Im Juni 2018 haben die Arbeitsminister der EU beschlossen, dass sie die Regel für die Zahlung von Arbeitslosengeldern an Grenzgängerinnen ändern wollen. Künftig sollen arbeitslose Grenzgängerinnen und Grenzgänger wählen können, ob sie im Wohnsitzland oder im Arbeitsland ihre Arbeitslosenunterstützung beziehen können oder wollen. Der Anspruch auf Arbeitslosengeld kann bereits nach drei Monaten Beschäftigung geltend gemacht werden. Das heisst, dass zum Beispiel ein Franzose, der während drei Monaten in Biel arbeitet und danach arbeitslos wird, in der Schweiz vollumfänglich Arbeitslosenunterstützung beziehen kann. Wenn die Schweiz diese EU-Regelungen übernimmt, wird dies gemäss Staatssekretariat für Migration (SEM) unser Land mehrere 100 Mio. Franken kosten. Was wir in unserem Vorstoss fordern, ist, dass unser Regierungsrat aktiv, aktiv auf den Bundesrat und die Bundesversammlung einwirkt. Dies mit dem Ziel, dass diese Regelungen von der Schweiz nicht übernommen werden.

In seiner Antwort schreibt der Regierungsrat, dass es auf Grund des heutigen Wissensstands keinen Sinn machen würde, bereits jetzt auf den Bundesrat einzuwirken. Man müsse zuerst abwarten und schauen, so der Regierungsrat, ob die EU diese neuen Regelungen auch tatsächlich einführt. Diese Argumentation ist für uns nicht nachvollziehbar. Im Gegenteil, es gilt rechtzeitig Einfluss zu nehmen und nicht abzuwarten, bis es zu spät ist. Auch der Hinweis des Regierungsrates, dass davon auszugehen sei, ich zitiere, «[...] dass die EU bei einer Nichtübernahme Druck auf die Schweiz ausüben würde», Zitat Ende, ist nicht wirklich ein Argument, unseren Vorstoss abzulehnen. Es ist viel

mehr das Anzeichen eines vorausseilenden Gehorsams. Es scheint, dass sich der Regierungsrat durch die EU-Bullying-Methoden einschüchtern lässt, bevor die EU diese Methode überhaupt anwendet. Unterstützen Sie unseren Vorstoss und motivieren Sie mit uns zusammen den Regierungsrat, unseren Regierungsrat, auf Bundesebene Einfluss zu nehmen, damit das neue Zahlungsregime im Zusammenhang mit Grenzgängern und Arbeitslosengeldern nicht übernommen wird.

Präsident. Diese Motion hat zwei Mitmotionäre. Einer davon ist auf dieser Motion als «Leuenberger, Trubschachen, BDP» angegeben. Ich möchte ihn hier in aller Form und zuhänden des Protokolls noch reinwaschen. Es ist nicht «Leuenberger, Trubschachen, BDP», der dies mitunterschrieben hat, sondern «Leuenberger Samuel, Bannwil, SVP». Einfach zuhänden des Protokolls, damit dies klar ist. Er ist Mitmotionär. Dies, damit sich Samuel Leuenberger, Trubschachen, BDP, gegenüber seinen Parteikolleginnen und -kollegen nicht noch länger verteidigen muss. Samuel Leuenberger, Bannwil, SVP, habe ich gefragt; er will als Mitmotionär nichts sagen. Wie sieht es bei Herrn Freudiger aus? – Auch nicht. Wir kommen zu den Fraktionsvertreterinnen und -vertretern. Als Erstes für die FDP, Daniel Arn.

Daniel Arn, Muri b. Bern (FDP). Für uns ist absolut offen, welche Regelung in der EU überhaupt umgesetzt werden will. Da dies immer noch sehr kontrovers diskutiert wird, ist für uns klar, dass wir uns noch nicht einschalten sollen. Wenn es klar ist und wir wissen, welche Aktivitäten innerhalb der EU gestartet werden, erachten wir dies zielführender. Aber auch dann ist es für uns immer noch nicht so weit, weil die Schweiz immer noch die Möglichkeit hat, dies nicht anzunehmen. Wenn sie es dann doch annimmt, haben wir das Gefühl, dass es dann der richtige Moment ist, um uns Gedanken zu machen. Dann ist auch der Zeitpunkt, wo sich die Kantone einbringen können. Daher schauen wir dies als nicht zielführend an, wenn wir uns schon aktiv machen und einen Auftrag geben. Wir lehnen die Motion ab.

Markus Wenger, Spiez (EVP). Der Vorstoss hat einen relativ einfachen Titel. Er ist in der ersten Erkennung auch relativ einfach. Wenn man aber nachher in die Tiefe geht, ist es eine relativ komplexe Vorlage. Vieles, was an Erkenntnis nötig wäre, steht nicht zur Verfügung. Grundsätzlich habe ich als Unternehmer gegenüber der Arbeitslosenversicherung (ALV) auch noch eine etwas andere Haltung, dass der Anspruch der Versicherung in Zukunft eigentlich mehr hervorrücken sollte. Versicherung heisst für mich, dass jemand, der Prämie bezahlt und sich für ein Risiko versichert, auch genussberechtigt ist. Dies ist etwas, woran ich mich schon immer gestört habe, dass ich als Unternehmer Arbeitslosenkassengeld einbezahle, aber keine Leistung erhalte, wenn ich arbeitslos werde. Ähnlich wäre es auch hier. Wir hätten Grenzgänger, die hier in der Schweiz in die Arbeitslosenkasse einbezahlen – sie versichern sich also gegen ein Risiko –, die aber bei Eintreffen des Ereignisses nichts erhalten. Ich bin mit dem erwähnten Beispiel des Motionärs einverstanden: Drei Monate in der Schweiz arbeiten, 400 Tage Arbeitslosengeld beziehen, dies kann es wahrscheinlich nicht sein. Aber dies liegt an den eidgenössischen Parlamentariern dort eine Lösung zu finden, eventuell eine Anpassung, welche entsprechend der Beschäftigungsdauer etwas regelt. So wie es hier zur Debatte steht, wird die EVP-Fraktion den Vorstoss ablehnen.

Monika Gygax-Böninger, Obersteckholz (BDP). Die vorliegende Motion ist mit so vielen Variablen, Unsicherheiten, Möglichkeiten und Fragezeichen behaftet, dass die BDP die Haltung der Regierung stützt und den Vorstoss in dieser Form, in diesem Moment und mit dem heutigen Wissenstand einstimmig ablehnt. Unser heute bewährtes System sollte hingegen erhalten bleiben und nicht verändert werden. Ein Einwirken auf den Bundesrat zum aktuellen Zeitpunkt macht aber nach heutigen Wissenstand keinen Sinn. Die BDP stützt die Regierung und fordert von der Regierung, dass diese sich – wenn es konkret wird, wenn Fakten und Bedingungen, wenn die finanziellen und wirtschaftlichen Folgen einer solchen Veränderung bekannt sind – deutlich und klar einbringt und ein Teil des koordinierten Vorgehens der Schweiz wird, in dem Sinn, wie bereits erwähnt, dass das System nicht verändert wird. Das System ist in dieser Form akzeptiert, im Wissen, dass die ALV national einheitlich geregelt werden muss und dass der Kanton Bern, wie die anderen Kantone, keinen Handlungsspielraum hat.

Thomas Gerber, Hinterkappelen (Grüne). Auch diese Motion wurde am falschen Ort eingereicht. Sie gehört eher ins Bundeshaus, denn hier zu uns ins Rathaus. Im Kanton Zürich wurde ein ähnlicher Vorstoss eingereicht, mit ähnlichem Titel. Wenigstens liegt der Kanton Zürich etwas näher an

der Grenze als der Kanton Bern und hat dadurch auch etwas mehr Grenzgänger. In der Antwort des Regierungsrates ist zu lesen, dass wir 3159 Grenzgänger haben. Diese werden wohl kaum alle auf einen Schlag arbeitslos. Zudem ist es so, dass die EU das in der Motion Beschriebene als Variante prüft. Es gibt also noch gar keine rechtlichen Grundlagen. Daher müssen wir noch etwas warten. Es betrifft den Kanton Bern nur wenig, weil wir auch wenig Grenzgänger haben. Das Thema gehört ins Bundeshaus und nicht ins Rathaus. Schön, dass wir die Verwaltung bemüht haben. Wir von den Grünen lehnen die Motion einstimmig ab.

Erich Hess, Bern (SVP). Zu Beginn meiner Rede muss ich den Grossratspräsidenten ermahnen. Er soll keinen Einfluss auf die Meinung des Parlaments nehmen. Er hat die Parlamentsdebatte neutral zu führen und hat nicht zu sagen, dass er den Leuenberger von dieser Motion reinwaschen will. Dies ist eine massive Einflussnahme und geht aus meiner Sicht nicht. (*Heiterkeit / Hilarité*) Es ist eine Wertung des Ratspräsidiums, welche aus meiner Sicht nicht zulässig ist.

Zum Inhalt dieser Motion: Sie ist am richtigen Ort, und wir behandeln sie am richtigen Ort, weil wir von den Kantonen aus dem Bund frühzeitig zeigen müssen, dass wir uns von der EU nicht ausnehmen lassen wollen. Es geht nicht nur um die ALV, sondern, wie in den zwei Motionen vorher, auch um die EU. Wir müssen zum jetzigen Zeitpunkt dem Bundeshaus signalisieren, dass wir mit der EU wirtschaftlich zusammenarbeiten wollen. Wir wollen uns aber von der EU nicht knechten lassen, und wir wollen unsere Sozialsysteme nicht wie eine Zitrone durch die EU auspressen lassen. Das Gleiche gilt für die bilateralen Abkommen bei der EU-Bürgerschaft, welche die EU unbedingt will. Hier geht es schlussendlich auch nur darum, dass man die Schweizer Sozialsysteme auspressen kann. Was geschieht schlussendlich unter dem Strich? – Allen Schweizern geht es schlecht, und denjenigen, die in unser soziales System einwandern, geht es ein bisschen besser. Aber auch nicht lange. Es gibt danach eine Abwärtsnivellierung, dass wir anschliessend ein so tiefes Niveau haben wie in der EU.

Wir müssen die Geschicke unseres Landes selbst in die Finger nehmen. Deswegen braucht es hier zuhause des Bundeshauses ein Zeichen des Kantonsparlaments des Kantons Bern, wonach wir mit der EU wirtschaftlich zusammenarbeiten wollen, politisch und vor allem sozialpolitisch unabhängig bleiben und selbst zu uns schauen wollen und nicht dem EU-Diktat unterliegen. Sicher, es sind erst Verhandlungen innerhalb der EU im Gang, was dieses Dossier anbelangt. Aber Sie wissen, wie schnell es geht. Für den Fall, dass es abgeschlossen ist und man weiss, in welche Richtung es geht, müssen wir das Zeichen jetzt schon nach oben geben. Die SVP stimmt dieser Motion geschlossen zu.

Präsident. Herr Grossrat Erich Hess hat völlig Recht in der Sache. Meine Wortwahl war nicht richtig. «Reinwaschen» war das falsche Wort. Ich hätte «entlasten» sagen sollen. Ich bitte um Entschuldigung.

Ernst Tanner, Ranflüh (EDU). Das Anliegen der Motionäre ist berechtigt, nicht noch mehr Arbeitslosengelder für Grenzgänger. Besonders störend für uns in der EDU-Fraktion ist die geplante Neuregelung mit Anspruch auf Arbeitslosengeld nach nur drei Monaten Beschäftigung. Auch wenn der Vollzug national einheitlich festgelegt wird, unterstützen wir die Motion. Nützt's nichts, so schadet's nichts.

Präsident. Für die SP-JUSO-PSA-Fraktion, Tamara Funicello.

Tamara Funicello, Bern (JUSO). Gestern waren sich Grossrat Wenger und ich überhaupt nicht einig, heute sind wir uns in allen Punkten einig. Vier Punkte, warum wir dagegen sind: Wie vom Regierungsrat ausgeführt, ist dies schlichtweg die falsche Ebene. Das ist schlicht und einfach der falsche Zeitpunkt. Dies sieht man auch an der Formulierung – «wäre», «könnte», «müsste» und so weiter. Eigentlich ist also noch überhaupt nichts entschieden. Dementsprechend ist es auch der falsche Zeitpunkt, um dies zu diskutieren. Es ist auch international geregelt, dies kommt hinzu, vor allem im Moment, und für uns ist auch wichtig, den Grundsatz klar zu machen: Wer hier arbeitet und hier Versicherungen einzahlt, soll diese Versicherungsleistungen auch erhalten können. Dafür bezahlt er sie ja schliesslich auch. So ist unser Sozialsystem aufgebaut, und dies ist gut so.

Noch eine Notiz am Rand: Wenn man Arbeitnehmende in diesem Land schützen will, sollte man Arbeitnehmende schützen und nicht die Grenze.

Präsident. Ich sehe keine Einzelsprechenden. Wünscht der Motionär noch einmal das Wort? – Das ist nicht der Fall. Darf ich das Wort dem Herrn Regierungsrat erteilen? – Er wünscht das Wort auch nicht. Dann kommen wir zur Abstimmung. Ich warte noch kurz, weil es etwas schnell ging, weil niemand mehr sprechen will.

Wer diese Motion annehmen will, stimmt Ja, wer diese ablehnt, stimmt Nein.

Abstimmung (Geschäft 2018.RRGR.746)

Vote (Affaire 2018.RRGR.746)

Der Grosse Rat beschliesst: / Décision du Grand Conseil :

Ablehnung / Rejet

Ja / Oui 50

Nein / Non 95

Enthalten / Abstentions 4

Präsident. Sie haben diese Motion abgelehnt, mit 95 Nein- gegen 50 Ja-Stimmen bei 4 Enthaltungen.